



# Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint vierteljährig Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Petitzeile 1,25 Mark, Codes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Belegungsregister.

Für die Woche vom 30. März bis 5. April ist die Beitragsmarke in das mit 14 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

## Mitteilungen des Verbandsvorstandes.

Der Zahlstelle Bromberg ist die Erhebung eines Lokalbeitrages von 10 Pf. wöchentlich bewilligt worden.

Die Zahlstelle Köln a. Rh. hat die Erhöhung des Lokalbeitrages von 5 auf 10 Pf. wöchentlich beschlossen, wozu der Verbandsvorstand seine Genehmigung erteilt.

Der Verbandsvorstand.  
F. A. C. Bucher, 2. Vors.

## Tarifvertrags-Ausbau.

Jetzt, wo alles in Gärung, nichts aber in Klärung ist, die Stimmung der Massen immer mehr nach radikalerer Lösung sowohl der politischen wie der wirtschaftlichen Probleme drängt, mehrten sich auch die Stimmen, die gegen weitere Abschlüsse neuer Lohnverträge sind. Ob wir nun tatsächlich schon so weit in der revolutionären Umwälzung fortgeschritten sind oder fortschreiten werden, um in nächster Zeit den Tarifvertragsgedanken ganz über Bord werfen zu können, ist eine Frage, die doch wohl so ohne weiteres nicht beantwortet werden kann. Noch stehen wir mit den Füßen auf der Erde und nicht in einem luftleeren Raum und tun deshalb gut, vorerst mit gegebenen Tatsachen zu rechnen als mit dem etwa in der Ferne auftauchenden Nebelgebilde. Damit möchte ich aber nicht gesagt haben, daß wir einem starren System verfallen sollen. Dem Zug der Zeit folgend, die Taktik bei gegebenen Verhältnissen anpassend, muß auch jetzt unsere Aufgabe sein und bleiben.

Die Nr. 1 der „Solidarität“ dieses Jahres brachte ohne weiteren Kommentar einen Auszug der Verordnung des Rates der Volksbeauftragten vom 23. Dezember 1918 über Rechtmäßigkeit und gesetzliche Kraft der Tarifverträge.

Ueber diese Verordnung, die von einschneidender Bedeutung für das Hilfspersonal der Druckereien werden kann, darf nun nicht so klug- und fanglos weggesehen werden.

Im Verhältnis zur Gesamtzahl der Buchdruckereien Deutschlands war es ja nur ein kleiner Teil von Buchdruckereibesitzern bisher, der sich herbeiliess, auch für sein Hilfspersonal, gleich den Gehilfen, die Lohn- und Arbeitsbedingungen von Organisation zu Organisation zu regeln. Im Steinbruch, mit Ausnahme von München, überhaupt nur ein verschwindender Bruchteil von Arbeitgebern, der einer vertraglichen Regelung der Lohn- und Arbeitszeitfragen mit unserem Verbandsbestimmern, hauptsächlich in Orten, wo unsere Organisation nicht stark genug war, den nötigen Druck ausüben zu können, weigerte sich auf das entsetzteste, ihre den Buchdruckern gegenüber gezeigte Tariffreundlichkeit auch auf das Hilfspersonal

auszudehnen. Auch die befürwortende Stellungnahme der Gehilfen auf ihrem vorjährigen Verbandstag in Würzburg brachte in den Unternehmerkreisen kein besseres Verständnis für den Wunsch der Hilfsarbeiterorganisation. Im Gegenteil, es mehrten sich die Anzeichen, daß mehr denn je gegen die Hilfsarbeiterschaft Sturm gelaufen werden sollte.

Erfreulicherweise hat ja nun die neue Zeit die bisher uns indifferent gegenüber gestandenen Kolleginnen und Kollegen aufgerüttelt, und allsorts regen sich nun diese ausgehungerten Lohnsklaven, um, wenn auch etwas spät, so doch noch zu ihrem Rechte zu kommen. Weit über den Friedensstand ist unsere Mitgliederzahl gestiegen, und es ist absolut nicht verwunderlich, wenn nun die Unternehmer, von der Angst um ihren Geldsack getrieben, in die Fesseln stoßen und zum Widerstand sich sammeln, um der „Machlosigkeit“ der Hilfsarbeiterschaft einen Damm entgegen zu setzen.

Aber auch die Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen, die bisher im vertragslosen Zustand aus ihrer Haut haben Riemen schneiden lassen und in ihrem Unverständnis den Unternehmern die Taschen füllten, rufen nun nach raschster Regelung ihrer Lohnverhältnisse, die in einzelnen Orten und Firmen geradezu jeder Beschreibung spotten. Haben wir doch erst kürzlich festgestellt, daß in der Papierwarenfabrik von Schmerold in Passau die Einlegerinnen der Druckerei, inklusive Teuerungszulagen, 12,— Mk. wöchentlich bezogen und heute noch dieser Ausbeuter sein besseres Verständnis mit einer Erhöhung von 4,— Mk. pro Woche befundete.

Solche Zustände stinken zum Himmel und schreiben geradezu nach Regelung. Der um Hilfe angegangene Verband kann und wird sich hier seiner Verpflichtung, helfend einzugreifen, nicht entziehen. Dieses Eingreifen hat natürlich zur Folge, daß wir mit dem gegen uns in schwerer Opposition stehenden Unternehmertum recht bald in schwere Kämpfe verwickelt sein werden. Wie weit uns diese Kämpfe den gewünschten Erfolg bringen werden, sei dahingestellt. Wir haben allerdings auf die Gehilfenschaft Rücksicht zu nehmen, daß sie durch Betriebs-einstellungen nicht allzu sehr in Mitleidenschaft gezogen wird, wissen aber, daß das Verständnis für unser Vorgehen auch in den Gehilfenkreisen nicht fehlen wird. In der Zeit vor dem November 1918 wäre es allerdings Wüßhann gewesen, daran zu denken, ohne Streiks die halstarrigen Unternehmer zu einigermaßen vernünftigen Zugeständnissen zu bewegen.

Doch die Zeiten änderten sich, und manches, was vor wenigen Monaten noch als heller Wahnsinn bezeichnet worden wäre, ist heute Tatsache. Und so kann es auch auf Grund der Tarifvertragsverordnung vom 23. Dezember 1918 zur Tatsache werden, daß nun endlich auch die größten Hilfsarbeiterentartungsgegner in den Buchdruckunternehmerkreisen Tarifverträge, die für die Gestaltung der Arbeitsbedingungen des Berufskreises in dem Tarifgebiet überwiegend Bedeutung erlangt haben, laut § 2 vorerwähnter Verordnung anerkennen müssen.

Damit wäre nun endlich auch dem mehr als ein Jahrzehnt um tarifliche Verhältnisse kämpfenden Hilfspersonal die Handhabe geboten, sein Ziel ohne große wirtschaftliche Kämpfe auf dem Boden des Rechts zu erreichen und verschiedenen Schmutzkonturrenten des Gewerbes die Nägel zu beschneiden.

Die letzte Gewerkschaftskonferenz befaßte sich bereits mit der Ausarbeitung eines den Zeitverhältnissen entsprechenden Tarifentwurfs, der auch den größten Zahlstellen Ellenbogenfreiheit lassen muß und für den wir sorgen wollen, ob ihn die Unternehmerorganisation anerkennt oder nicht, daß er in dem Tarifgebiet die überwiegende Bedeutung erlangt, die auf Grund der Tarifvertragsverordnung vom 23. Dezember 1918 notwendig ist, um ihn für alle Druckereien zur Anerkennung zu bringen.

Lange genug haben wir gebettelt, um immer und immer wieder vertröstet zu werden. Jetzt haben wir es satt, es ist die Zeit gekommen, auf die wir lange erwartet, und nun werden wir uns das Recht und die Anerkennung verschaffen, die man uns bisher in verblendeter Weise versagt hat.

Im Sommer vorigen Jahres haben wir bereits dem Deutschen Buchdrucker-Verein gemeinsame Beratungen über einen zentralen Hilfsarbeitertarif angeboten. Zu Verhandlungen aber, die schon im Oktober 1918 hätten stattfinden sollen, ist es bis heute nicht gekommen. Ich habe es aus verschiedenen Gründen nicht bedauert, daß dem so war, und heute bedauere ich es noch viel weniger. Aber nun ist auch unsere Angelegenheit spruchreif und muß mit oder ohne Tarifamt oder Deutschen Buchdrucker-Verein ihr Erledigung finden.

Ist es möglich, ohne das Reichsarbeitsamt auf Grund gemeinschaftlicher Unterhandlungen mit dem Verein Deutscher Buchdruckereibesitzer und auch dem Schutzverband Deutscher Steindruckereibesitzer zu einem für alle Orte Deutschlands gültigen und befriedigenden Hilfsarbeitertarif zu kommen, dann ist es recht und gut. Dann aber raschste Folge! Wenn nicht, dann ist es Aufgabe unserer Kollegenschaft, sofort zu der für uns wichtigen Frage Stellung zu nehmen und — mit oder ohne Inanspruchnahme des Reichsarbeitsamts und der geschaffenen Rechtsgrundlagen — den für das Hilfspersonal unwürdigen Zustand des tariflichen Stuhlmuddels so schnell wie möglich zu beseitigen.

Lange genug haben wir Entschlafungen mit und ohne Protest in dieser für uns wichtigen Frage gefaßt, ohne Gehör gefunden zu haben. Jetzt wollen wir handeln und dafür sorgen, daß in einem freien Volksstaate nicht länger mehr eine entrechtete Hilfsarbeiterschaft unter den miserabelsten Lohnverhältnissen vegetiert.

München.

A. Sch.

## Arbeiterräte und Verfassung.

In einer Versammlung der Berliner Arbeiterräte, die sich mit der Frage der Verankerung der Arbeiterräte in der Verfassung der deutschen Republik beschäftigte, vertrat der Genosse A. I. S. einen Vorschlag, von dem er eine Erhöhung des

Einfluß der Arbeiterklasse auf die Gesetzgebung über das in der Nationalversammlung mögliche Maß hinaus erwartet. Dieser Vorschlag lautet:

„Der Rätegedanke muß auf dem Boden der Demokratie seine Verwirklichung finden. Das demokratische Räteystem muß in der Verfassung verankert werden. Es stellt die Vertretung der Arbeitskraft des Volkes dar. Während das Parlament des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts die Vertreter der Bevölkerung nach ihrer besonderen Zahl darstellt, stellt die Kammer der Arbeit, die sich auf dem Räteystem aufbaut, die Vertretung der Produktivkraft und der Leistung des Volkes dar. In dem Parlament des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts sind alle Staatsbürger ohne Rücksicht auf ihre besondere Funktion vertreten, es repräsentiert die formale Demokratie. Die Kammer der Arbeit repräsentiert die schaffenden Kräfte der einzelnen Klassen nach ihrer Bedeutung für die Gemeinschaft, also den Aufbau des Sozialismus. Jede aus allgemeinen Wahlen hervorgehende Körperschaft erhält eine Kammer der Arbeit. Die deutsche Einheitsrepublik wird von unten aufgebaut durch selbstverwaltende Gemeinden, Kreise, Provinzen, Länder, die Zusammenfassung ist das Reich. In jeder dieser genannten politischen Einheiten herrscht das Parlament, ergänzt durch die Kammer der Arbeit.

Die Aufgaben der Kammer der Arbeit sind: Ausarbeitung und Prüfung aller Gesetze wirtschaftlichen Charakters; dauernde Unternehmung der Wirtschaftsentwicklung mit dem Recht der Initiative bei der Sozialisierung einzelner Produktionsweize. In dem Zustandekommen eines Gesetzes bedarf es der Zustimmung beider Häuser. Wenn die allgemeine Kammer ein und dasselbe Gesetz dreimal in derselben Form angenommen hat, wird es auch ohne Zustimmung der Kammer der Arbeit Gesetz. Beide Kammern haben das Recht, ein Referendum zu verlangen.

Derner bilden die Arbeiterräte die Vertretung der Arbeiter für die Fragen der Produktion in den Arbeitsgemeinschaften, die für alle Gewerbe errichtet werden müssen. Die bisher errichteten Arbeitsgemeinschaften, in denen die Arbeitgeberverbände mit den Gewerkschaften zusammenarbeiten, sind Vertretungen zur Regelung der Berufsfragen. Sie müssen nun auch zu Vertretungen der Produktion werden, die von den Unternehmern und Arbeitern gemeinsam getragen werden. Die Arbeiter werden hierbei durch die Arbeiterräte vertreten. Die Arbeitsgemeinschaft ist der Unterbau der Sozialisierung.“

Kaliski will also dem Parlament als der Vertretung des ganzen Volkes ohne Rücksicht auf die besonderen Funktionen der einzelnen Staatsbürger eine Kammer der Arbeit als Vertretung der schaffenden Kräfte der einzelnen Klassen des Volkes nach ihrer Bedeutung für die Gemeinschaft gegenüberstellen. Das bedeutet nichts anderes als die Einführung des Zweikammersystems, wie es in den meisten deutschen Bundesstaaten bis zur Revolution bestanden hat, für das ganze Reich und alle seine Teile bis herab zu den Provinzen, Kreisen und Gemeinden. Auch wenn diese Kammern der Arbeit grundsätzlich ganz anders aufgebaut und zusammengestellt wären wie die überkommenen ersten Kammern in den Bundesstaaten, so würden sie doch genau so wie diese durch den Sturmwind der Revolution hinweggefegten Gebilde in ihrer Wirkung eine wesentliche Komplizierung des ganzen Apparates bedeuten, durch die die Erfüllung der vielen und großen Aufgaben, die von der Gesetzgebung nach dem Siege der Revolution zu bewältigen sind, nur angehalten und verzögert werden würde. Hinzu kommt, daß der Verfassungsentwurf für das Reich neben der aus allgemeinen Wahlen hervorgehenden Volksvertretung bereits ein Staatenshaus vorsieht. Sollte dieses verwirklicht werden, dann würde Deutschland sogar bei der Durchführung des kaliskischen Vorschlages mit einem Dreikammersystem „beglückt“ sein. Der „Vorwärts“ hat Recht, wenn er sagt: „Ein solches Mehrkamersystem bedeutet eine endlose Verschleppung der Gesetzgebung sowie einen Verstoß gegen den Grundsatz, daß der allgemeine Volkswille die einzige Quelle öffentlichen Rechtes ist.“

Der Vorschlag Kaliskis scheint uns auch die Bedeutung allzusehr aus dem Auge zu lassen, die die Gewerkschaften im ganzen Wirtschaftsleben und auch im Produktionsprozeß bereits haben. Der Krieg hat sie nicht nur nicht zu zertrümmern vermocht, sondern ihren Einfluß noch bedeutend erhöht. Und daß ihnen auch die Revolution nichts anzuhaben vermochte, das wird durch ihren geradezu gewaltigen Aufschwung in den letzten Monaten bewiesen. Sie können jetzt schon über drei Millionen Mitglieder mustern, weit mehr als jemals in ihren besten Zeiten vor dem Kriege! Sie paßten sich der Eigenart der verschiedenen Berufsverhältnisse an, erhöhten ständig ihren Einfluß auf die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, wurden immer mehr zu mitbestimmenden Faktoren bei der Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und regelten diese durch Tarifverträge für große Arbeitergruppen und ganze Berufe. Die Selbstherrlichkeit des Unternehmers wurde von den Gewerkschaften gebrochen, und sie waren schon vor der Revolution auf dem besten Wege, den Arbeitern weitgehende Mitbestimmungsrechte auf die Warenpreisbildung und auf die Warenerzeugung zu erobern und zu sichern. Die Gewerkschaften sind noch heute, was sie immer waren: die berufenen Vertretungen der Arbeiterklasse im Wirtschaftsleben! Diese hundertfach bewährten Organisationen brauchen nur folgerichtig weiterentwickelt, mit größeren Rechten ausgestattet zu werden, um der Arbeiterschaft die Erfüllung aller Aufgaben, zu deren Verfolgung die Arbeiterräte herangezogen werden sollen, auch wirklich zu gewährleisten. Dieser Aufgabenbereich liegt vollständig im Rahmen der bisherigen gewerkschaftlichen Entwicklung!

Ein kürzlich gefaßter Beschluß der auf dem Boden der E. P. D. stehenden Groß-Berliner Betriebsvereinskomitee und Arbeiterräte, die die verfassungsmäßige Regelung der Stellung von Betriebs-, Bezirks- und Landesarbeiterräten verlangt, weist diesen Räten folgende Aufgaben zu:

„Die Arbeiterräte haben weitgehendes Mitbestimmungsrecht bei der Regelung der Arbeitsverhältnisse, Kontrolle der Produktion, Begutachtung und Antragstellung bei allen sozialpolitischen und wirtschaftlichen Gesetzgebungsmaßnahmen, Mitwirkung bei der Sozialisierung von Produktionszweigen, Kontrolle sozialisierter Betriebe.“

Wir bezweifeln, daß Betriebs-, Bezirks- und Landesarbeiterräte diese Aufgaben besser zu erfüllen vermöchten, als die in der Richtung dieser Aufgaben bereits seit langem wirkenden Gewerkschaften. Es darf nicht vergessen werden, daß die Bedingungen jedes Betriebes in innigem Zusammenhange mit den Bedingungen der ganzen Industrie stehen, daß für diese Zusammenhänge mindestens den Betriebs- und Ortsräten vorläufig noch das notwendige Augenmaß fehlt. Die zentralen, auf ganze Industrien zugeschnittenen Gewerkschaften haben sich dieses Augenmaß im Laufe ihrer Entwicklung und in der Praxis eines Vierteljahrhunderts bereits seit langem erworben. Durch ihre örtliche Zusammenfassung in den Gewerkschaftskartellen und ihre zentrale Vereinigung haben sie aber auch dafür gesorgt, daß ihnen der Blick über den einzelnen Beruf oder jede Industrie hinaus auf das große Ganze nicht getrübt wird. Diese bewährten Schöpfungen der deutschen Arbeiterklasse durch etwas Neukonstruiertes zu ersetzen, das sich gleiche Erfahrungen und gleichen vor falschen Maßnahmen bewahrenden Weitblick erst nach und nach mühsam erwerben müßte, würde eine Zeit- und Kraftverschwendung bedeuten, die sich die Arbeiterklasse in dieser Zeit der Säkular- und politischen wie wirtschaftlichen Neugestaltung nicht leisten kann. Und daß das Nebeneinanderwirken zweier im wesentlichen den gleichen Aufgabenbereich beackenden Einrichtungen der Arbeiterklasse, abgesehen von der Kräftezerpflünderung und Kraftvergehung, nur zu Zerwürfnissen und oft zu einem fruchtlosen Hin- und Herziehen führen müßte, darüber wird sich jeder Organisationspraktiker ohne weiteres klar sein.

Wir halten also den zweckentsprechenden, in ihrer ganzen bisherigen Entwicklung liegenden Ausbau der Gewerkschaften und ihres Arbeitsgebietes zur Erfüllung der wirtschaftlichen Aufgaben, die

man den Arbeiterräten zuweisen will, für geeigneter und schneller zum Ziele führend, als den Vorschlag Kaliskis. Die Gewerkschaften haben ja auch bereits in den Gewerkschaftskartellen den örtlichen und in den Arbeiterauschüssen den Betriebsunterbau. Wir haben natürlich nichts dagegen, wenn auch diese Arbeiterauschüsse und Gewerkschaftskartelle mit höheren Machtvollkommenheiten in der Richtung des kaliskischen Vorschlages ausgestattet oder als Betriebsräte usw. bezeichnet würden. Alle diese Einrichtungen und die Gewerkschaften in ihrer Gesamtheit möge man rechtlich in der deutschen Republik verankern! Sie werden, gestützt auf ihre reichen Erfahrungen, nicht nur im bisherigen Rahmen erfolgreich weiterwirken, sondern auch am Aufbau des Sozialismus tatkräftig mitarbeiten, den heilsamsten und förderndsten Einfluß auf die Gesetzgebung ausüben und die schaffenden Kräfte der Arbeiterklasse nach ihrer Bedeutung für die Gemeinschaft wirksam zur Geltung bringen, ohne daß es neuer Einrichtungen und des Mehrkamersystems bedarf.

## Korrespondenzen.

**Augsburg.** Mitglieder-Versammlung am 9. März. Vor Eintritt in die Tagesordnung teilte Kollege Lehmeier den Tod unserer Hauptvorsitzenden Frau Paula Thiede mit. In einem längeren Nachruf, den die Versammlung stehend anbrachte, brachte er zum Ausdruck, daß die Bahnhofsstelle Augsburg der Kollegin Thiede allezeit ein treues Andenken bewahren wird. Unter Punkt Lohnbewegung machte Kollege Lehmeier die Mitteilung, daß die hiesigen Buchdruckerbetriebe nach langen und schwierigen Auseinandersetzungen sich endlich am 1. März herbeiließen, die Teuerungszulagen von 6.— bzw. 8.— Mk. zu bezahlen. Einige dieser Herren wollten immer noch eine Ausnahme machen, so z. B. die Firma Haberl und Sieber in Forstee, und erst auf das Vorstelligwerden des Kollegen Lehmeier sagten dieselben zu, die Zulage zur Auszahlung zu bringen. Eine Klage, die unser Vorsitzender am Gewerbegericht gegen die Firma Himmer anstregte, war ebenfalls von Erfolg und erhielt drei Kolleginnen je 19.— resp. 23,10 Mk. nachbezahlt. Eine Kollegin der Firma Schöff teilte mit, daß Herr Schöff zwar die Zulagen nachbezahlt, jedoch am Samstag, den 1. März, die alten Sätze wieder zur Auszahlung brachte. Kollege Lehmeier wurde beauftragt, Klage am Gewerbegericht anzustrengen, denn ein anderes Mittel mühe bei Schöff doch nichts. Ueberhaupt wird mit Herrn Schöff noch energisch gesprochen werden müssen, die Zustände, die dort noch zu verzeichnen sind, sind unbegreiflich; trotzdem die Arbeitszeit eine gesetzlich achtstündige ist, müssen unsere Kolleginnen Gänge besorgen und alles mögliche tun, ohne dafür eine Entschädigung zu erhalten. Man läuft sogar Gefahr, Prügel zu bekommen, wenn man Uebertunden verweigert. Bei einem Buchdruckerlehrling hat auch Herr Schöff diese Prügelstrafen wegen Verweigerung von Uebertunden schon verschiedene Male in die Tat umgesetzt! Auch von den Kolleginnen werden Privatgänge außerhalb der Arbeitszeit verlangt, ohne dafür entschädigt zu werden. Erhält einmal eine Kollegin eine Freitarte von einem Kinobesitzer für überbrachte Druckfäßen, wird sie gezwungen, die Freitarte dem noblen Druckermeister auszuhandigen. Für solche Leistungen erhalten dann diese Herren für „treue und verdienstvolle Heimarbeit“ das Königs-Ludwigskreuz! Eine lebhaft diskutierte Klage richtete sich auf diese Mittelungen, und es wurde Kollege Lehmeier einstimmig beauftragt, beim Prinzpalatsverein schriftlich oder mündlich vorstellig zu werden, um die Teuerungszulage analog der Gehilfen ebenfalls bis zum 31. August zur Geltung zu bringen. Nach Entgegennahme des Kartellberichts und Erledigung einiger interner Angelegenheiten war Schluß der Versammlung.

**Nachtrag:** In einer Verhandlung, die Kollege Lehmeier mit der Firma Burger hatte, wurden die Forderungen der Hilfsarbeiterschaft glatt bewilligt. Neben einer wöchentlichen Zulage von 8.— Mk. für männliche und 6.— Mk. für weibliche Hilfsarbeiter erhalten unsere Mitglieder auch einen jährlichen bezahlten Urlaub von drei bis acht Tagen. Den Akkordarbeitern und -arbeiterinnen wird der jeweilige Tagesdurchschnittslohn für die Urlaubstage bezahlt. Bei Einstellung von Hilfspersonal wird unser Arbeitsnachweis in erster Linie in Anspruch genommen.

**Bauhen.** Zu der am 21. Februar stattgefundenen Generalversammlung der Bahnhofsstelle Bauhen referierte der bisherige Vorsitzende, Kollege Holsch, über die Ereignisse des verflohenen

Jahres, ganz besonders die guten Fortschritte in unserer Zahlstelle hervorhebend. Bei den hierauf vorgenommenen Wahlen legte Kollege Holtz die bisher ausgeübte Funktion als Vorsitzender nieder. An seine Stelle wurde Kollege August Nikol gewählt. Das Kassiereramt wurde wieder Kollegen Holtz übertragen. Die ausstehenden Unterkassierer wurden durch Neuwahlen ersetzt. Den Beschluß der Versammlung bildete ein gemüthliches Beizammensein der zahlreich erschienenen Kollegenschaft.

**Berlin.** Eine ordentliche Mitgliederversammlung fand am 26. Februar statt. Nachdem Kollege Reich das Protokoll der vorigen Versammlung, welches angenommen wurde, verlesen, teilte Kollege Gloth mit, daß Alfred Weimann, Edmund Voth, Wilhelm Blank, Margarete Reifert, Erna Wulf, Marie Ehlers, Margarete Jusian gestorben sind und Richard Herber nachträglich als gefallen gemeldet wurde. Zu Ehren der Verstorbenen erhob sich die Versammlung von ihren Plätzen. Ferner wurde mitgeteilt, daß wiederholt weibliches Personal zur Nacht- und Zwischenschichtarbeit herangezogen wurde. Das ist jetzt unzulässig, denn es ist genügend männliches Personal vorhanden, anßerdem läßt es die wieder in Kraft getretene Gewerbeordnung nicht zu. Zu der am 3. u. 4. März stattfindenden Gausleiterkonferenz ist außer dem Kollegen Gloth als Gausleiter noch Kollege Baumgarten delegiert. Bei der Konstituierung des Vorstandes sind die Kollegen Reich, Morih, Reichert und Preising als Schriftführer nominiert, alle andern Gewählten sind Beisitzer. Die Remuneration des Vorstandes ist dieselbe wie bisher geblieben, dem Schiedsgerichtsvorsitzenden wurden wegen Mehrarbeit statt bisher 100.— Mk. jetzt 200.— Mk. bewilligt. Durch das Zustromen von Unorganisierten, durch die Erwerbslosenunterstützung u. a. war es trotz Einstellung von zwei Zuschüssen nicht möglich, daß unsere Angestellten die Mehrarbeit in regulärer Arbeitszeit erlebigen konnten; dieselben mußten während der Monate November, Dezember und Januar viel von ihrer freien Zeit opfern. Eine Ueberstundenbezahlung soll nicht vorgenommen werden, die Versammlung bewilligte für jeden Angestellten 20.— Mk. Entschädigung. Gegen eine ganze Reihe Kolleginnen und Kollegen erhob Kollege Reich Beschwerde, weil sie Bibliothekbücher entnommen haben und sie trotz mehrfacher schriftlicher und persönlicher Mahnung nicht abliefern. Er erjuchte die Anwesenenden, die Kommission in ihrem Bestreben zu unterstützen. In Zukunft werden die Namen solcher nachlässigen Kolleginnen und Kollegen veröffentlicht werden. Unter dem Steindruckpersonal ist in dessen eigenem Interesse eine größere Agitation nötig. Die aufgenommene Statistik hat eine solche ungleiche Lohnzahlung ergeben, daß die Organisation, um zu einheitlichen Bewegungen zu kommen, diese Ungleichheiten erst ausgleichen muß. Deshalb ist ein schnelleres Arbeiten nicht möglich. Um den Organisationsarbeiten den nötigen Nachdruck zu verleihen, ist größere Agitation nötig, auch die letzte Kollegin, der letzte Kollege muß sich der Organisation anschließen. Eine längere Diskussion rief die Gausleiterkonferenz sowie der in dem diesbezüglichen Rundschreiben des Zentralvorstandes angeregte Zentralrat hervor. Die Kollegen Gloth, Morih, Selle, Diener, Kraas, Marx und G. Grohmann beteiligten sich an der Diskussion. Allgemein wurde die Verlängerung der Abmachungen bis zum 31. März über unsere Köpfe hinweg verurteilt, ferner auch, daß diese Verlängerung in der „Solidarität“ als Sieg gefeiert wurde. (Sollten wir die Festlegung der Zulagenfrage auf weitere fünf Monate, die für die Kollegenkollegenchaft allein 1½ Millionen Mark übersteigt, als „Niederlage“ betrachten? Die Red.) Allgemein wurde ausgedrückt, daß gegen eine Tarifierung der noch fehlenden Zahlstellen niemand etwas einwendet, aber diese Tarifierung soll nicht auf Kosten der Berliner, die bisher immer Opfer brachten, geschehen. Zur Umformierung der Kollegenschaft hat sofort nach der Gausleiterkonferenz eine Vertrauenspersonensitzung stattzufinden. In die Tarif- und Lohnkommission wurden gewählt: Frida Lauffant, Schottke, Friede, Morih, Kraas, Jaedicke und Diener. Als Revisoren wurden gewählt die Kollegen Krumren, Selle und Wendt. Ein Antrag des Kollegen Marx, den Druckereikassierern in irgend einer Form einiges Mantelgeld zu ersetzen, wird eingehend diskutiert; gegen eine Stimme wird schließlich dem Antrag zugestimmt. Die Form und Höhe der Entschädigung soll der Vorstand regeln und der nächsten Versammlung Bericht erstatten. Nach Beantwortung einiger Anfragen wurde vom Kollegen Marx eine Resolution eingereicht, die den A. und C. Räten mehr Macht einräumt, die ferner den „Vorwärts“ nicht als Organ der Arbeiterschaft anerkennen, sondern verlangt, nur in der „Freiheit“ und „Rote Fahne“ zu inserieren. Nach längerer Diskussion,

in der die gewerblichen Angelegenheiten als wichtiger bezeichnet wurden, zog Kollege Marx die Resolution zurück, worauf die Versammlung mit einem Hoch auf die Organisation geschlossen wurde.

**Bielefeld.** Am 13. März fand hier eine Betriebsversammlung der Firma F. Gundlach u. Co. statt, in welcher der Gausleiter, Kollege Spartzuhls Hannover, über die am gleichen Tage mit der Firma gepflogenen Verhandlungen und deren Abschluß Bericht erstattete. Er schilderte kurz den Werdegang der Bewegung und die Schwierigkeiten, welche die Firma dem Abschluß entgegensetzte. Noch am Morgen hätte sich die Geschäftsleitung vollkommen ablehnend verhalten, und erst im Laufe des Tages hat eine bessere Einsicht Platz gegriffen. Die Verhandlungen endeten schließlich mit folgender Vereinbarung:

Zwischen der Firma F. Gundlach Aktien-Gesellschaft und dem Verband der Hilfsarbeiter in Buch- und Steindruckereien ist heute folgender Vertrag zustande gekommen. Sämtliche Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen erhalten auf die am 1. Januar von der Firma F. Gundlach Aktien-Gesellschaft gezahlten Löhne einschließlic event. gewährter Teuerungszulage folgende weitere wöchentliche Teuerungszulage bewilligt:

männliche Arbeiter über 18 Jahre	8.— Mk.
männliche Arbeiter von 16—18 Jahren	6.— Mk.
männliche Arbeiter von 14—16 Jahren	5.— Mk.
weibliche Hilfsarbeiter über 16 Jahre	6.— Mk.
weibliche Hilfsarbeiter bis 16 Jahre	5.— Mk.

Die event. Afford-Arbeiter und Afford-Arbeiterinnen erhalten diese Zuschläge auf die jeweiligen Affordsätze. Dieser Vertrag beginnt seine Wirksamkeit mit dem 5. März d. J., mit Ausnahme für das Buchdruckerei-Personal, für welches die Zahlung vom 1. Januar 1919 nachträglich erfolgt. Die seit dem 1. Januar 1919 gezahlten Lohn- und Afford-Erhöhungen werden auf diese Lohnsätze in Anrechnung gebracht. Die nicht mehr voll erwerbsfähigen Leute wie: Lippold, Weber, Kuhstaller, Winkelmann, Strakenfick, Pohlmann und Kuhlmann erhalten eine wöchentliche Zulage von 6.— Mk. Die aus dem Kriege zurückgekehrten Hilfsarbeiter erhalten nachträglich noch die ihnen gewährte Zulage für den Monat Januar nachvergiert. Kündigungen können frühestens zum 24. April erfolgen, jedoch kann die Arbeitszeit gemäß den Vorschriften des Demobilisations-Gesetzes bei mangelnder Arbeit auf höchstens 30 Stunden wöchentlich verkürzt werden. Dieser Vertrag ist zweiseitig ausgefertigt worden und von jedem der beiden Vertragsschließenden unterschrieben; er hat bis zum 31. August 1919 Gültigkeit und läuft stillschweigend bis Ende 1919 weiter, wenn nicht vier Wochen vorher eine Kündigung von einem der beiden Vertragsschließenden erfolgt.

Die dicht gefüllte Versammlung nahm den Bericht des Gausleiters mit Befriedigung entgegen und erklärte ihr volles Einverständnis mit den Abmachungen. Kollege Spartzuhls besprach in seinem Schlußworte den großen Erfolg, den die Kollegenschaft allein ihrer Geschlossenheit und der Zugehörigkeit zum Verbandsverband. An ihr sei es, das Errungene festzuhalten und auszubauen, was aber nur gelingen könne, wenn der feste Zusammenhalt aller nicht gelockert wird. Seine Kollegen und Kolleginnen, die unserem Verbandsverband fernstehen, müssen jetzt entweder mit uns sein oder ehrlicher Weise auf die Annahme der Organisationserfolge verzichten. Wer nicht zur Saat beiträgt, hat auch kein Recht, zu ernten. Dieser Appell hatte den Erfolg, daß alle noch Unorganisierten ihren Beitritt zum Verbandsverband erklärten, worauf die Versammlung geschlossen wurde.

**Bromberg.** Die Bemühungen des Ortsvereins Bromberg des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, besonders dessen Schriftführers, Kollegen Bauer, um die Organisierung der Bromberger Hilfsarbeiterchaft fanden ihren erfolgreichen Ausdruck in der am 9. März stattgefundenen Gründungsversammlung der dortigen Zahlstelle unseres Verbandes. Einleitend machte Kollege Bauer Mitteilung von dem Ableben der Kollegin Thiede, zu deren Gernug sich die Versammelten von den Wägen erhoben. Sodann referierte Gewerkschaftssekretär Rittlau über „die gewerkschaftlichen Ziele“. Der Vorstand der jungen Zahlstelle setzt sich aus den folgenden Personen zusammen: 1. Vorsitzender Hermann Bauer, 2. Vorsitzende Emma Bigalke, Kassierer Fritz Kiel und Schriftführerin Emma Meister. Der Anschluß an das Gewerkschaftsnetzwerk wurde vollzogen und zwei Delegierte gewählt. Kollege Hohl wurde in den A. und C. Rat sowie Kollege Bauer für den städtischen Lebensmittel-Ausschuß gewählt. Die sofortige Erhebung eines Ortsbeitrages von wöchentlich 10 Pf. wurde beschlossen. Als Druckereikassierinnen wurden die Kolleginnen Luise Horvall bei A. Dittmann und

Elisbeth Burg bei Richard Krahl gewählt. Die Zahlstelle zählt zurzeit 53 Mitglieder, und es ist zu erwarten, daß in kürzester Zeit sämtliche am Orte beschäftigten Kollegen und Kolleginnen ihrer Organisation angehören werden.

**Hannover.** Die am 26. Februar einberufene öffentliche Versammlung wies einen äußerst starken Besuch auf. Die Kollegenschaft am Orte hat endlich erkannt, daß nur durch eine starke Organisation bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen erreicht werden können. Kollege Spartzuhls sprach über die Verhandlungen in Berlin, über die Teuerungszulagen und das Ergebnis für uns hier in Hannover. Er wies auf den betreffenden Artikel in der „Solidarität“ hin, der uns ja klar gezeigt habe, welch hartnäckigen Widerstand die Prinzipale den berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft entgegensetzten. Um so größer sei der Erfolg anzupreisen, den wir erzielt haben! Allen Kolleginnen und Kollegen müsse klar sein, daß dieses aber noch nicht das Ideal sei, sondern daß nur ein fester, bindender Tarif das Arbeitsverhältnis auf gerechter Grundlage aufbauen könne. In dieser Hinsicht sei ja auch in Berlin schon vorgearbeitet und hoffentlich sei die Zeit nicht allzu fern, daß auch wir in Hannover einen Tarif abschließen können. In der anschließenden regen Debatte kam allseitig zum Ausdruck, daß wir zwar mit dem Erreichten zufrieden sein könnten, aber absolut keinen Grund hätten, über diese Zulage nun in Zweifel auszubringen, denn die Teuerung sei so groß, daß auch bei den jetzigen Söhnen der Arbeiter zu sorgen habe, wie er auskomme. Zu diesem Punkt war folgende Entschließung des Kollegen Dilke eingegangen:

„Die am 26. Februar 1919 im Gewerkschaftshaus verammelten Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen im Buch- und Steindruckgewerbe nehmen mit Genugtuung Kenntnis von den Ausführungen des Kollegen Spartzuhls über das Schreiben der Prinzipale betreffs der Bewilligung der Teuerungszulagen. Sie hoffen und erwarten, daß die Kollegenschaft aus diesem Erfolg die Lehre zieht und durch einmütigen Zusammenhalt dem Verbandsverbande die Möglichkeit gibt, noch weitere Erfolge in Kürze zu erzielen.“

Ueber den 2. Punkt: „Wie stellt sich die Kollegenschaft jetzt zu den Benigen, die noch nicht organisiert sind?“ entpann sich eine lebhaft Debatte. Es kam zum Ausdruck, daß die Kollegen es unter ihrer Würde halten müßten, mit diesen Parasiten an der Arbeiterschaft noch länger zu verkehren. Die Unaufklärten gelte es noch heranzuziehen, die Böswilligen aber seien mit Berachtung zu strafen. Es herrschte ziemlich Empörung über die Mühseligkeit des kämpfenden Proletariats. Mit einem begeisterten aufgenommenen Hoch auf den Verband schloß der Vorsitzende, Kollege Wambacher, die imposante Versammlung.

**Münster-Süd.** In der am 23. Februar stattgefundenen Jahres-Generalversammlung begrüßte Kollege Hecking die vom Felde zurückgekommenen Kollegen mit warmen Worten. Ehrend gedachte die Versammlung der im Felde Gefallenen und auch des in den letzten Tagen noch der Grippe zum Opfer gefallen früheren Schriftführers Sub. Im Geschäftsbericht konnte hingewiesen werden auf die Teuerungszulagenbewegung im Buchdruck. Es sind erreicht seit Mai für Kollegen 21 Mk. und für Kolleginnen 15 Mk., so daß die Gesamtteuerungszulage nunmehr beträgt für verbeiratete Kollegen 34 Mk., für Ledige 33 Mk. und für Kolleginnen 24,50 Mk. Ein beachtenswerter Erfolg der geschlossenen Organisation im Buchdruck, während es im Steindruck erst an der Jahreswende gelingen ist, wieder Eingang zu finden, doch sei nun hier ein Wandel eingetreten und der Referent hofft in Bälde, auch hier über Lohnaufbesserungen berichten zu können. Dem Kassenbericht zufolge wurden an Arbeitslose 149,50 Mk. verausgabt, die Krankenunterstützung betrug 1061,90 Mk. und an die Hauptkasse konnten 3009,55 Mk. abgeführt werden. Die Lokalkasse erhöhte ihren Bestand von 196 Mk. auf 925 Mk., die Sammelkassen zu Weihnachten ergaben 151,40 Mk. Verausgabt sind aus lokalen Mitteln für Unterstützungen 207,90 Mk. Kollege Hecking ergänzte den Geschäftsbericht noch und schilderte die schwere Zeit, die namentlich in der ersten Kriegszeit durchzumachen war, nachdem fast alle Vertrauens- und Verwaltungsmitglieder zum Kriegsdienst eingezogen waren. In operemittiger Weise seien die Kolleginnen eingezogen und haben immer wieder das Verbandschiff flott gemacht. Kollege Dagner erklärte, daß nach Lage der Verhältnisse das Menschmögliche geleistet worden sei und man den dahem Gebliebenen Dank zollen müsse für die Errungenschaften in Bezug auf die Verbesserungen für die Mitgliedschaft. Die Neuwahl der Gesamtverwaltung hatte das Ergebnis, daß Kollege Dagner zum 2. Vorsitzenden, Müller als

Schriftführer und Kollegin Mehlner als Vertrauensperson für Jülich gewählt wurde, als Beisitzer die Kollegen Nimke, Nachtrab und Zierl, sowie die Kollegin Bauer. Als Revisoren wurden bestimmt Schaffner und die Kolleginnen Staudinger und Linz. Unter Verbandsangelegenheiten konnte der Versammlungsleiter, Kollege Stirnweiss, eine große Anzahl von Renaufnahmen zur Aufnahme empfehlen und ist dadurch die Mitgliederzahl um hundert gestiegen im neuen Jahre. Er appellierte an die Renaufgenommenen, treu zum Verbandsverband zu halten, damit auch im Steindruck endlich bessere Lohnverhältnisse geschaffen werden können; erst durch die Bekanntgabe der Löhne auf den Aufnahmefcheinen habe ein Teil der Mitgliedschaft Kenntnis erhalten von den tieferen Löhnen im Steindruck, schienen sich doch Bestfirmen nicht, ihren Steindruckern 40 bis 45 Mk. zu zahlen, Ankerinnen mit 20 bis 22 Mk. sind keine Ausnahmen. Zur Kenntnis dient der Abschluß der Lohnbewegung bei der Firma Böwensohn in Jülich. Beschlossen wurde auf Antrag Nimke, die erste Beitragsklasse aufzuheben, so daß nunmehr der niedrigste Beitrag 60 Pf. beträgt. Bemängelt wurde, daß einzelne Mitglieder im Steindruck auf den Aufnahmefcheinen nur den Wochenlohn angeben, unter Außerachtlassung der Feuererzulage von 5 und 6 Mk. und dadurch in eine niedrigere Beitragsklasse kommen. In allen Druckereien sollen Geschäftsverhandlungen abgehalten werden, nachdem Kollege Redding wieder frei gestellt ist für die Organisation und die Vertrauensleute nun bezw. wieder gewählt werden, dabei auch die Mitglieder auf die Beachtung der Statuten in der Beitragszahlung hingewiesen werden. Durch einen Beschluß des hiesigen Kriegsamtes wurde die Arbeitszeit in den Buchdruckereien nunmehr ebenfalls auf 48 Stunden festgelegt, doch soll in allen Buchdruckereien, außer Zeitungen, Samstag Mittag Schluß sein. Die Ausnahmebestimmung, durch die Kohlenknappheit herabzusetzen, von 44 und 45 Stunden hat damit aufgehört, doch halten einzelne Betriebe noch an der kürzeren Arbeitszeit fest, weil die Firmeninhaber liberal gesinnt sind. Nachdem noch aufmerksam gemacht wurde auf die Wahl von Arbeiterausschüssen, fand die gut besuchte Versammlung ihr Ende.

**Stuttgart.** Generalversammlung am 24. Februar. In Abwesenheit der Vorsitzenden, Kollegin Maurer, eröffnete um 6¼ Uhr Kollege Werner die Versammlung und ließ die zahlreich erschienenen Mitglieder herzlich willkommen. Schon voriges Jahr habe man auf einen baldigen Frieden und damit auf bessere, wirtschaftliche Verhältnisse gehofft. Wohl ist jetzt Waffenstillstand seit dem 11. November, aber immer noch kein Frieden. Auch der Friede selbst werde wohl anders aussehen, als wie man gehofft habe, da die Entente herzlich wenig nach den 14 Punkten Wilsons, auf deren Grundlage und Annahme wir den Waffenstillstand abgeschlossen haben, frage. Es werden für uns wirtschaftlich schwere Zeiten kommen und nur durch tatkräftiges, selbstloses Mitarbeiten aller können wir dieselben ohne größere Nachteile für unsere Organisation überwinden. Nicht Egoismus, sondern gemeinsames Zusammenarbeiten dürfen der Leistung unserer künftigen Arbeiten innerhalb der Organisation sein. Im Kriege haben wir folgende 7 Kollegen verloren: Adolf Klob, Josef Müller, Ernst Kürner, Karl Mayer, Josef Höflich, S. Eißle und Paul Bodenhöfer; vermisst sind noch Köfler, Ritter und Ebel. In der Heimat sind die Kolleginnen Klara Eller und Kath. Grün gestorben. Die Versammlung ehrte das Andenken dieser Kollegen und Kolleginnen in der üblichen Weise. Dann wies Kollege Werner auf die Attentate auf Kurt Eisner und Auer in München hin. Mit schmerzlichen Worten beklagte er den Verlust dieser Vorkämpfer der Arbeiterschaft und gab in berebten Worten seinem Abscheu über diese Verbrechen Ausdruck. In herzlichen Worten ließ er dann die vom Felde zurückgekehrten Kollegen willkommen mit dem Wunsche, daß sie sich alle wieder zur Organisation zurückfinden mögen. In seinen weiteren Ausführungen betonte er das wirksame, einträgliche Zusammenarbeiten des Ausschusses im verflochtenen Geschäftsjahr, was auch im Massenbericht zum Ausdruck komme. Zwei erfolgreiche Feuererzulagenbewegungen seien durchgeführt worden, dazu seien am 1. Januar die vom Demobilisationsamt festgesetzten Zulagen gekommen. Die Zahlstelle Stuttgart hat im letzten Jahre einen großen Aufschwung genommen und die Mitgliederzahl ist größer denn je. Von Quartal zu Quartal ist die Mitgliederzahl gewachsen, um im vierten Quartal mit 244 Aufnahmen auf 634 Mitglieder zu steigen. Es zeigt sich, daß nach der Revolution sich auch bei der Hilfsarbeiterfrage der gewerkschaftliche Gedanke immer mehr durchgesetzt habe.

Die Einnahmen sind in gleichem Maße gestiegen. Die Jahreseinnahme betrug an Eintrittsgeldern 239,40 Mk., an Beiträgen 10 604,— Mk., an Extrabeiträgen 847,20 Mk. (Diese wurden am 1. August 1918 durch Einführung der neuen vom letzten Verbandstag beschlossenen Beiträge aufgehoben.) Die Ausgaben betragen: An die Hauptkasse 4391,72 Mk., an Arbeitslosenunterstützung 73,50 Mk., an Krankenunterstützung 1580,30 Mk. Wir können mit den besten Aussichten in das neue Geschäftsjahr eintreten. Anlässlich des 75-jährigen Bestehens des „Neuen Tagblattes“ ist uns von den Firmeninhabern eine Spende von 1000 Mk. (Kriegsanleihe) gemacht worden. Der Ausschuss hat, dem Wunsche der Spender entsprechend, beschlossen, die Zinsen aus diesem Betrag zur Unterstützung notdürftiger Mitglieder zu verwenden, was von der Versammlung gutgeheißen wurde. Bei dem Punkt Neuwahlen sprach Kollege Weicker im Namen der Versammlung dem Ausschuss den Dank aus für seine erspriehliche Tätigkeit im letzten Jahre. Neu- bzw. wiedergewählt wurden die Kollegen Koferte zum Vorsitzenden, Gauleiter Werner zum Geschäftsführer und Kassierer, die Kolleginnen Burr, Raspe, Mayer, Herrmann und Major, sowie die Kollegen Bauer, Braun und Kopp zur Beisitzern. In der Besetzung des Schiedsgerichtes, der Kartelle, sowie der Revisoren trat keine Veränderung ein. Ein Antrag des Ausschusses, an das Gewerkschaftsamt für die Jugendbewegung pro Mitglied und Jahr einen Beitrag von 20 Pf. abzuführen, wurde nach Vergründung des Kollegen Werner einstimmig angenommen. Zum Punkt Tarifrager und Ueberstundenberechnung teilte Kollege Werner mit, daß in der letzten Tarifausschussitzung sich die Prinzipale bereit erklärt hätten, mit uns in Verhandlungen zu treten. Er hoffe, daß dabei ein neuer Tarif zustande komme und dieser einen Fortschritt für uns bedeuten möge. Auch die Ueberstundenfrage sei in der Weise geregelt, daß die am 1. Januar in Kraft getretenen Bestimmungen für uns maßgebend seien. In der Diskussion wurde dem Wunsche nach bedeutend höheren Mindestlöhnen, womöglich dem jetzigen Gesamtlohn, Ausdruck gegeben, da von den Buchdruckern derselbe Standpunkt vertreten werde. Auch das Verhalten einiger Firmen, die bereits wieder einen Abzug an den Ueberstunden gemacht hätten, wurde von der Versammlung aufs Schärfste verurteilt und sofortige Rückzahlung der Beträge verlangt. Unter Verschiedenem teilte Kollege Werner mit, daß das Protokoll des letzten Verbandstages zu haben sei und empfehle es zum Studium für die Mitglieder; dasselbe fand dann auch reichenden Absatz. Nach Beantwortung einiger Anfragen aus der Versammlung durch den Kollegen Werner forderte derselbe in seinem Schlußwort zu neuer, tatkräftiger Mitarbeit auf, damit auch das neue Geschäftsjahr ein Jahr des Aufstieges und Erfolges sein möge. Vorwärts immer, rückwärts nimmer, müsse unsere Parole sein.

**Zwickau.** Die Wogen der Revolution sind auch nicht spurlos über unsere Kollegen und Kolleginnen hinweg gegangen. Wir stehen im Zeichen eines Aufstieges. Fast restlos haben sie sich ihrer Organisation angeschlossen. Nun gilt es zu handeln! Die Organisation am Orte muß fest verankert, die innere Verwaltung gefestigt werden. Die Wenigen, die uns noch fernstecken, müssen unbedingt dem Verbandsverbande zugeführt werden. Die Organisation muß ein festes Bollwerk gegenüber dem Unternehmertum werden, denn gerade in Zwickau scheint sich dieses auf seinen gewohnten Herrenstandpunkt stellen zu wollen. Man sucht, das Hilfspersonal als Arbeiter zweiter Klasse zu behandeln. Finden wir doch noch in einzelnen Druckereien Löhne von 13,— Mk. für weibliche und 18,— Mk. für männliche Hilfsarbeiter verzeichnet. Daß diese unangenehmen Verhältnisse schadhafte Auswüchse für das ganze Gewerbe zeitigen, ist selbstverständlich. Diesem kann nur durch einmütiges Handeln abgeholfen werden. Die letzten Feuererzulagen sind nur in einzelnen Fällen gezahlt worden. Nun gilt es, vorwärts zu schreiten, um den Organisationsmitgliedern ihre Rechte zu wahren. Zu diesem Zwecke wurde am 14. März eine öffentliche Versammlung einberufen, die einen zahlreichen Besuch anwies. Kollege Franz Herrmann-Dresden hatte bereitwillig das Referat übernommen. Die Tagesordnung lautete: „Die verweigerten Feuererzulagen und unsere Stellungnahme hierzu“. Vor Eintritt in die Tagesordnung gebachte Kollege Andewelt der großen Verdienste unserer verstorbenen Verbandsvorsitzenden Paula Thiede. Hierauf ergriff Kollege Herrmann das Wort und ging ausführlich auf die Vorgeschichte der durch das Gesetz festgelegten Feuererzulagen ein, ermunterte die Anwesenden zum getreuen Ausbarren in der Organisation. Die Debatte war eine

sehr rege. Es wurde eine Kommission gewählt, die die nötigen Unterlagen herbeischaffen soll. Dann soll durch Eingabe an die Prinzipale der Kollegenschaft zu ihrem Rechte verholfen werden.

## Hundschau.

**Gewerkschaftliche und genossenschaftliche Zusammenarbeit.** Forderungen der Arbeiterschaft auf Erhöhung ihres Einkommens und Verkürzung der Arbeitszeit sind eine allgemeine Erscheinung dieser Zeit, mit der sich jedes Volk auseinandersetzen hat. Es wird ungeheurer Anstrengungen bedürfen, um diesen gesteigerten Anforderungen durch verbesserte, arbeitssparende Herstellungs- und Verteilungsverfahren genügen zu können. Aber trotz dieser zu leistenden Anstrengungen wird die Verteuerung des Produktes nicht zu verhindern sein, woraus sich die Notwendigkeit ergibt, bei Lohnforderungen und Preisgestaltung jene Mäßigung walten zu lassen, die allen Beteiligten gerecht wird. Wenn es auch bisher schon üblich war, an die Konjunkturgenossenschaften größere Anforderungen hinsichtlich der Arbeitsbedingungen zu stellen als in privaten Betrieben, so ist doch jetzt zu verzeichnen, daß hier und da Anforderungen gestellt werden, die weit über den selbstverständlichen Wunsch hinausgehen, der genossenschaftliche Betrieb habe ein Musterbetrieb zu sein. Wir nähern uns hier und da dem bedenklichen Zustande, daß der Gewerkschafter das in Frage stellt, was er als Genossenschaftler selbst ins Leben gerufen hat. Es besteht die Gefahr, daß das werktätige Volk selber den Bau zerstört, den es zu errichten anfang und der, fertiggestellt, berufen wäre, ihm Schutz gegen die Mäte des Lebens zu gewähren. Dieser Gefahr gegenüber heißt es ehrlich zu prüfen, was nach der Tragfähigkeit unserer genossenschaftlichen Betriebe an Arbeitsbedingungen zu fordern noch vernünftig ist. Es hängt von dieser grundsätzlichen Prüfung die Zukunft der Genossenschaften ab. Den Genossenschaften selber wird diese Prüfung leicht werden. Sie haben bei ihrem Geschäftsgebahren nichts zu verheimlichen. Keiner kann sich bei ihnen auf Kosten anderer bereichern, keiner hat deshalb die Neigung, den anderen zu überborten. Welchen gewaltigen Vorteil die konjunkturgenossenschaftliche Organisation darstellt, haben die Kriegsjahre gezeigt. Kein Wunder, daß gerade in diesen Jahren der Wunsch nach Erfassung möglichst aller Verbraucher, in allen Schichten der Bevölkerung durch die Konsumvereine besonders lebhaft ist. Um so gewissenhafter sollte bei allen Forderungen an die Leistungsfähigkeit der Genossenschaften hinsichtlich der Lohn- und Arbeitsbedingungen geprüft werden, ob dabei das Ganze nicht Schaden leidet. Diese Prüfung wird am besten in der Zusammenarbeit von Gewerkschaft und Genossenschaft — wie die Erfahrung lehrt — vorgenommen.

## Eingegangene Druckschriften.

**Academiker und Sozialdemokratie.** Von Wally Zepler. Preis 75 Pf. Buchhandlung „Vorwärts“, Berlin SW. 68, Lindenstr. 2.

## Adressenveränderungen.

**Banken.** Der Kassierer August Holtzsch wohnt Lauengraben 2, 4 Tr.

## Briefkasten.

Trotz der ausnahmsweisen Einschaltung dieser Nummer wurde noch eine Anzahl Einsendungen wegen Raumangel zurückgestellt werden.

## Nachruf.

Am 17. März starb nach langem, schweren Leiden unsere langjährige Kollegin **Fanni Johnen** im blühenden Alter von 24 Jahren. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihr **Die Mitglieder der Gewerkschaft Hannover.**

Die nächste Nummer der „Solidarität“ erscheint am 5. April 1919. — Redaktionskabinett am 31. März 1919.